



Wöchentliche Steuernachrichten (Tax-News) 02. Februar 2026*

Internationale Steueragenda und EU-Reformen im Fokus der hochrangigen Ratsarbeitsgruppe

Die hochrangige Arbeitsgruppe für Steuerfragen des Rates trat am 27. Januar 2026 zusammen. Auf [der Tagesordnung](#) standen mehrere internationale Steuerfragen. Die Experten der Mitgliedstaaten tauschten sich über die Verhandlungen der Vereinten Nationen über ein Rahmenübereinkommen zur internationalen Zusammenarbeit im Steuerbereich und die nächsten Schritte zur globalen Mindeststeuer aus und wurden von der zyprischen Ratspräsidentschaft über den aktuellen Stand des inklusiven Rahmens der OECD zur Bekämpfung der Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung (BEPS) informiert. Zu innenpolitischen Themen skizzierte der Vorsitz seine Prioritäten im Bereich der Besteuerung, während die Kommission die steuerlichen Aspekte des Rentenpakets der Strategie für eine Spar- und Investitionsunion sowie Informationen zur Vereinfachung des Steuerrechts vorstellte. Die Experten erörterten außerdem die Bewertung der Richtlinie 2011/16/EU über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden durch die Kommission, wurden über den aktuellen Stand der Verhandlungen mit Norwegen über die Zusammenarbeit im Bereich der direkten Steuern informiert und tauschten sich über den [Bericht](#) der Kommission „Mind the Gap on tax compliance and tax expenditure in the EU“ (Lücken bei der Einhaltung der Steuervorschriften und den Steuerausgaben in der EU schließen) aus.

Steuerliche Fragmentierung im Binnenmarkt: Unterausschuss für Steuerfragen (FISC) des EU-Parlaments erörtert Reformansätze und Koordinierungsbedarf auf EU-Ebene

Am 27. Januar 2026 hielten die FISC-Abgeordneten eine öffentliche Anhörung zu steuerlichen Hindernissen im Binnenmarkt ab, gefolgt von der Vorstellung der EPRS-Studie „Die Kosten des Nicht-Europas: Die Zukunft der Harmonisierung der EU-Steuerpolitik“. Benjamin Angel, Direktor für direkte Steuern bei der Kommission, erklärte, dass sich das optionale „28.System“, das am 18. März 2026 in Kraft treten soll, auf das Gesellschaftsrecht konzentrieren werde, wobei sich die steuerlichen Aspekte auf die Steuerstundung für Mitarbeiteraktienoptionen beschränken würden. Er stellte fest, dass Einstimmigkeit und mangelndes Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten weiterhin Fortschritte behindern, während die Gespräche über die Digitalsteuer auf OECD-Ebene mit erneuter Beteiligung der USA wieder aufgenommen werden sollen. Christos Theophilou (STI Taxand) identifizierte administrative Fragmentierung und Doppelbesteuerung als große Hindernisse und forderte Verhältnismäßigkeit für KMU und eine stärkere Streitvermeidung. Johanna Hey (Universität zu Köln) warnte, dass die Umsetzung der zweiten Säule der OECD ohne Änderung der EU-Richtlinie Rechtsunsicherheit mit sich bringe, während Rita de la Feria (Universität Leeds) davor warnte, dass unkoordinierte nationale Maßnahmen neue Hindernisse schaffen könnten. In der Präsentation der EPRS-Studie wurde dargelegt, dass fragmentierte Steuersysteme hohe

Compliance- und Wirtschaftskosten verursachen und dass eine gezielte EU-Koordinierung diese ohne vollständige Harmonisierung reduzieren könnte.

Fiscalis-Programm: EU-Kommission sieht Fortschritte bei IT-gestützter Steuerzusammenarbeit

Am 23. Januar veröffentlichte die Europäische Kommission ihre Zwischenbewertung des Fiscalis-Programms für den Zeitraum 2021–2027, in der sie dessen Beitrag zur Zusammenarbeit im Steuerbereich und zur Bekämpfung von Steuerbetrug, Steuerhinterziehung und aggressiver Steuerplanung in der EU bewertet. In dem Bericht wird Fiscalis als Programm beschrieben, das die Entwicklung, Wartung und den Betrieb europäischer elektronischer Systeme und Instrumente für die Verwaltungszusammenarbeit mit einem Gesamtbudget von 269 Millionen Euro unterstützt. Es wird darauf hingewiesen, dass über 80 % der Programmausgaben für EU-weite IT-Systeme aufgewendet wurden, darunter das innerhalb von Eurofisc verwendete Tool zur Transaktionsnetzwerkanalyse sowie Systeme, die der Richtlinie über die Verwaltungszusammenarbeit zugrunde liegen, wie beispielsweise das zentrale Verzeichnis DAC6. Der Bewertung zufolge unterstützen diese Systeme den automatisierten Datenaustausch und die automatisierte Datenanalyse, während in dem begleitenden Arbeitsdokument der Dienststellen festgestellt wird, dass die präventive Wirkung bestimmter Instrumente nach wie vor schwer zu quantifizieren ist.

EU-Kommission leitet Vertragsverletzungsverfahren wegen unvollständiger Umsetzung von Steuertransparenzrichtlinien ein

Am 30. Januar 2026 leitete die Europäische Kommission mehrere Steuerverstossverfahren ein und versandte insbesondere Mahnschreiben an zwölf Mitgliedstaaten, darunter Belgien, Bulgarien, Tschechien, Estland, Griechenland, Spanien, Zypern, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Polen und Portugal, weil sie die Richtlinie (EU) 2023/2226 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung, die die Verpflichtungen zur Steuertransparenz und zum Informationsaustausch auf Krypto-Vermögenswerte ausweitet, nicht vollständig umgesetzt haben. Die Kommission hat außerdem zehn Mitgliedstaaten – Belgien, Bulgarien, Tschechien, Griechenland, Zypern, Malta, den Niederlanden, Portugal, Rumänien und Schweden – Aufforderungsschreiben übermittelt, weil sie die Richtlinie (EU) 2025/872, mit der die Vorschriften für den Informationsaustausch im Rahmen der Verwaltungszusammenarbeit im Steuerbereich weiter verschärft werden, nicht vollständig umgesetzt haben. Die betroffenen Mitgliedstaaten haben nun zwei Monate Zeit, um die Mängel zu beheben, bevor die Verfahren zu mit Gründen versehenen Stellungnahmen eskalieren können.

Gericht der Europäischen Union (General Court) zu Verbrauchsteuern: Netzzugangsentgelte gelten nicht als indirekte Steuer auf Stromverbrauch

In seinem Urteil vom 28. Januar 2026 in der Rechtssache T-653/24 (Accorinvest und Société Générale) hat das Gericht der Europäischen Union Artikel 1 Absatz 2 der Richtlinie 2008/118 über Verbrauchsteuern ausgelegt. Der Fall ging auf ein Verfahren vor dem französischen Conseil d'État über eine tarifbasierte Abgabe für Stromübertragungs- und -verteilungsdienstleistungen zurück, die an die Verbraucher weitergegeben wurde. Der Gerichtshof entschied, dass ein Rechtsmechanismus, der die Weitergabe einer Steuer ermöglicht, an sich noch keinen direkten Zusammenhang mit dem Stromverbrauch herstellt und dass eine Abgabe, die sich ausschließlich auf feste Netzzugangsentgelte stützt und unabhängig von der tatsächlichen Nutzung ist, keine „sonstige indirekte Steuer“ auf Verbrauchsteuerwaren im Sinne des EU-Rechts darstellt.

Arbeitsprogramm 2026 der EU-Kommission: Steuerpolitik im Mittelpunkt des Austauschs von EU-Kommissar Wopke Hoekstra mit Ausschüssen des EU-Parlaments

Am 9. Februar 2026 werden der Unterausschuss für Steuerfragen (FISC) und der ECON-Ausschuss des Europäischen Parlaments einen gemeinsamen Meinungsaustausch mit Kommissar Wopke Hoekstra [führen](#). Laut Tagesordnung wird sich die Diskussion auf das Arbeitsprogramm 2026 der Europäischen Kommission konzentrieren, einschließlich geplanter Steuerinitiativen und möglicher Rücknahmen oder Überarbeitungen bestehender Vorschläge. Der Austausch wird es den Abgeordneten ermöglichen, die Steuerprioritäten der Kommission für das kommende Jahr im Rahmen der laufenden parlamentarischen Prüfung des Arbeitsprogramms zu bewerten. Es wurde [berichtet](#), dass Kommissar Hoekstra auf die Bedenken der Abgeordneten hinsichtlich der Rücknahme einer Reihe von Steuerinitiativen, darunter die Finanztransaktionssteuer (FTT), eingegangen ist und dabei auf den langjährigen Charakter der Vorschläge und den mangelnden Fortschritt im Gesetzgebungsverfahren verwiesen hat.

Internationale Steuerverhandlungen der UN: Austausch mit Stakeholdern und Vorbereitung der EU-Mitgliedstaaten

Bei einem Online-Dialog mit mehreren Interessengruppen am 29. Januar 2026 wurden drei zwischen den Sitzungen veröffentlichte Dokumente erörtert, die vor der vierten Sitzung des zwischenstaatlichen Verhandlungsausschusses zur UN-Rahmenkonvention über internationale Zusammenarbeit in Steuerfragen veröffentlicht worden waren, darunter ein Entwurf für [eine](#) Rahmenkonvention der Co-Leiter des Arbeitsbereichs I, ein [Entwurf](#) des Arbeitsbereichs II für [Optionen](#) zur Besteuerung grenzüberschreitender Dienstleistungen und ein [Konzeptpapier](#) des Arbeitsbereichs III zur Vermeidung und Beilegung von Steuerstreitigkeiten. Die Teilnehmer stellten Fragen zur Transparenz des Verfahrens, darunter Bedenken hinsichtlich der begrenzten Sichtbarkeit von Textentwürfen und informellen Treffen sowie zur Abfolge zwischen dem Rahmenübereinkommen und künftigen Protokollen. Das Sekretariat und die Co-Leiter der Arbeitsgruppen bekräftigten, dass alle Entscheidungen weiterhin von den Mitgliedstaaten getroffen werden, und bestätigten, dass die Februarsitzung den Übergang von der Sondierungsphase zur Ausarbeitung von Entwürfen markieren wird, wobei die Protokolle kohärent im Rahmen des Rahmenübereinkommens und nicht als eigenständige Instrumente funktionieren sollen. Die Diskussionen befassten sich auch mit Kapazitätsengpässen, dem Zugang zu Verrechnungspreisinformationen und Vorschlägen zur Erforschung technischer Lösungen, einschließlich der möglichen Einrichtung einer speziellen Task Force. Am selben Tag [befassten sich](#) die EU-Mitgliedstaaten in der Arbeitsgruppe „Steuerfragen“ des Rates mit den UN-Steuerverhandlungen, um sich auf die für den 2. bis 13. Februar 2026 in New York geplante [Verhandlungssitzung](#) vorzubereiten.

EU-Kommission schlägt Ausweitung des CO₂-Grenzausgleichssystems (CBAM) auf nachgelagerte Güter vor

Am 26. Januar [legte](#) die Europäische Kommission dem Ausschuss für internationalen Handel (INTA) des Europäischen Parlaments ihren [Vorschlag](#) zur Änderung des CO₂-Grenzausgleichssystems (CBAM) für bestimmte nachgelagerte Güter und zur Verschärfung der Maßnahmen zur Umgebungsbekämpfung vor. Der Vorschlag würde rund 180 hauptsächlich industrielle nachgelagerte Produkte hinzufügen und Umgebungsrisiken, einschließlich der Schrottflücke, angehen. Die Mitglieder stellten Fragen zum Zeitplan, zu den

Auswirkungen auf die Lieferkette, zur Angleichung des Emissionshandelssystems und zu den Auswirkungen auf den Handel. Die Europäische Kommission erklärte, dass die Bestimmungen für nachgelagerte Produkte ab dem 1. Januar 2028 gelten würden, sofern bis Ende 2026 eine Einigung erzielt werde. Gemäß seiner vorläufigen [Tagesordnung](#) wird die Ad-hoc-Arbeitsgruppe des Rates zum CBAM den Vorschlag und die Folgenabschätzung am 5. Februar prüfen.

Digitale Transformation im Fokus: OECD-Weltforum berät über globale Herausforderungen der Mehrwertsteuer

Das OECD-Weltforum zur Mehrwertsteuer [hielt](#) vom 26. bis 28. Januar seine sechste Sitzung in Paris [ab](#), an der mehr als 300 Teilnehmer aus 104 Ländern, internationalen Organisationen und Unternehmen teilnahmen, um über zukunftsfähige Mehrwertsteuersysteme im Zeitalter der digitalen Transformation zu diskutieren. In den Diskussionen wurde die Bedeutung einer globalen Koordinierung zur Unterstützung von Handel und Investitionen bei gleichzeitigem Schutz der Steuereinnahmen betont und das zehnjährige Jubiläum der internationalen Mehrwertsteuer-/GST-Leitlinien gefeiert. Die Teilnehmer befassten sich mit Compliance- und Betrugsrisiken im Zusammenhang mit dem digitalen Handel, darunter die Verwendung der digitalen kontinuierlichen Transaktionsberichterstattung und die verbesserte administrative Zusammenarbeit durch die neue SCAN-VAT-Plattform. Zu den neuen Themen gehörten Krypto-Vermögenswerte, künstliche Intelligenz und deren Auswirkungen auf die Mehrwertsteuerpolitik und -verwaltung.

AMLA kündigt Datenerhebung und weitere Konsultationen zu Geldwäschevorschriften an

Die EU-Behörde für die Bekämpfung der Geldwäsche (AMLA) hat laut einer Pressemitteilung [angekündigt](#), eine Datenerhebung durchzuführen, um die im Finanzsektor verwendeten Risikobewertungsmodelle zu testen. Die AMLA hat [Berichten zufolge](#) außerdem angekündigt, in den kommenden Wochen weitere öffentliche Konsultationen zu veröffentlichen, darunter eine zweite Konsultation zum Entwurf technischer Regulierungsstandards zur Sorgfaltspflicht gegenüber Kunden, nachdem die Europäische Bankenaufsichtsbehörde 2025 eine erste Konsultation durchgeführt hatte. Darüber hinaus plant die AMLA eine öffentliche Konsultation zum Entwurf technischer Regulierungsstandards, in denen Schwellenwerte und Kriterien für die Identifizierung von Geschäftsbeziehungen gemäß Artikel 19 Absatz 9 der Geldwäscherichtlinie festgelegt werden.

Haftungsausschluss

Der Newsletter enthält Informationen über europäische Steuerpolitik und Entwicklungen, die aus offiziellen Dokumenten, Anhörungen, Konferenzen und der Presse stammen. Er spiegelt weder die offizielle Position der ETAF wider noch sollte er als schriftliche Erklärung im Namen der ETAF verstanden werden.

Hinweis

Die Übersetzung des englischen Originaltexts erfolgt maschinell. Der DStV steht nicht für die Richtigkeit der Übersetzung ein. Der Originaltext findet sich unter: News - European Tax Adviser Federation (etaf.tax)